

Landrat spart weitere halbe Million

Der Landrat versetzte sich in der Budgetdebatte in den Sparmodus. Die beschlossenen Kürzungen dürften teilweise einschneidend sein.

Florian Arnold

Nach einer langen Debatte sagte gestern der Urner Landrat einstimmig Ja zum Budget 2025. Verabschiedet wird ein Defizit von 11,0 Millionen Franken. Die Nettoinvestitionen betragen 32,6 Millionen. Die Diskussion nahm weit über 3 Stunden in Anspruch. Dieser Zeitaufwand schien sich allerdings zu lohnen, gelang es doch dem Parlament auf diese Weise, etwas mehr als eine halbe Million Franken zusätzlich zu sparen. Wie Finanzdirektor Urs Janett ausführte, hatte die Regierung gegenüber dem ersten Entwurf bereits 12,5 Millionen gespart.

Die grosse Vorarbeit für die Budgetdebatte hatte die Finanzkommission geleistet, deren Anträge zu einem sehr grossen Teil gutgeheissen wurden. Das mussten auch die Regierungsmitglieder teilweise zähneknirschend zur Kenntnis nehmen. Der Kampfgeist, die Kürzungen in der eigenen Direktion abzuwenden, war auf der Regierungsbank jedenfalls geweckt, wenn auch alle Mitglieder zu verstehen gaben, dass sich alle am Sparen beteiligen müssten – eben nach einer «Entlastungssymmetrie», wie es Finanzdirektor Urs Janett nannte.

Auch Landrat muss Signal senden

Gegenpol und die gefragteste Person im Raum bildete Christian Schuler (SVP, Erstfeld), der als Präsident der Finanzkommission die Kürzungsanträge verteidigte, zuweilen aber auch zu Kompromissen bereit war. Er gab sich zufrieden, dass die Vorgaben der Schuldbremse eingehalten werden können – und Uri ohne Steuererhöhung über die Runden kommt. Er betonte im Eintreten: «Die zahlreichen Anträge der Finanzkommission bedeuten nicht, dass die Regierung ihren Job schlecht gemacht hat.» Aber der Kanton befindet sich im Sparmodus – und da müsse auch der Landrat entsprechende Signale aussenden.

Ruedi Cathry (FDP, Schattendorf) unterstrich, der Landrat sei selber in der Pflicht und könne nicht einfach der Regierung den Auftrag geben, in jeder Direktion zwei oder vier Prozent zu sparen. Für Flavio Gisler (Mitte, Schattendorf) sind die Kürzungen Sinnbild dafür, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss. Gewisse Massnahmen würden aber zu weit gehen. «Der Landrat hat in der Vergan-



Budget des Kantons Uri 2025.

Bild: Carmen Epp (11. 11. 2024)

genheit mit der grossen Kelle angerührt», rügte Walter Baumann (SVP, Göschenen). Nach wie vor seien grosse Projekte in der Pipeline. «Da ist es angebracht, Sparwille zu zeigen.»

Gleichzeitig warnte Baumann aber auch davor, den Kanton nicht «tot zu sparen». Das sah Sylvia Läubli (SP, Erstfeld) gleich: «Wir dürfen uns nicht ins eigene Bein schiessen. Wenn wir zu stark auf die Bremse stehen, haben wir irgendwann das Problem, dass wir nicht parat sind», sagte sie etwa zur Streichung von 20'000 Franken für die Richtplanung, die trotzdem gutgeheissen wurde.

Abstriche beim Klimaschutz

Länger diskutiert wurde der Budgetposten «Umwelt- und Immissionsschutzmassnahmen». Hier beantragte die Finanzkommission eine Kürzung um 85'000 Franken. Landammann Christian Arnold argumentierte, man habe die Kosten bereits stark gekürzt. Zudem handle es sich um die Umsetzung von Aufgaben, die der Bund dem Kanton übertragen habe. Die Kürzung kritisierte vor allem die jüngere Generation im Rat. Noel Baumann (GLP, Altdorf) sagte, er sei fürs Sparen, aber nicht, wenn es um die Zukunft der jungen Urne-

«Die zahlreichen Anträge der Finanzkommission bedeuten nicht, dass die Regierung ihren Job schlecht gemacht hat.»



Christian Schuler
Landrat SVP, Erstfeld

rinnen und Urner gehe. «Was wir beim Umweltschutz jetzt einsparen, werden wir später zu stemmen haben. Das führt langfristig zu steigenden Kosten.» Und Jonas Imhof (SP, Altdorf) doppelte nach, es könne nicht sein, dass man das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein, jetzt schon torpediere. Allerdings liess sich der Gesamtrat nicht erweichen und strich die

85'000 Franken mit 41 zu 16 Stimmen (1 Enthaltung).

Immerhin einen Verhandlungserfolg erzielte Christian Arnold bei den «fischereilichen Massnahmen». Mit 38 zu 19 Stimmen (1 Enthaltung) wurde auf eine Streichung von 13'500 Franken verzichtet.

Zivilschutz bekommt weniger Geld

Bluten muss auch die Sicherheitsdirektion. Bei den Materialkosten wurden 5000 Franken gestrichen und unter dem Punkt Zivilschutz 33'000 Franken. Dies werde zulasten der Ausrüstung gehen, sagte Sicherheitsdirektorin Céline Huber, die infrage stellt, ob so noch die Einsatzbereitschaft gegeben sein wird. Immerhin willigte der Landrat ein, dass die Sicherheitsdirektion kommendes Jahr die bereits 14-jährige Risikoanalyse für 30'000 Franken überarbeiten kann.

Markante Einsparungen wurden auch bei der Volkswirtschaftsdirektion beschlossen: 150'000 Franken wurden bei den NRP-Geldern gespart. Zudem wurden auch die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung gedeckelt (Einsparung 50'000 Franken). Immerhin ein IT-Projekt konnte Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind retten. Er befürchtet, dass er das Bud-

get an gewissen Punkten überziehen wird. So argumentierte auch Justizdirektor Daniel Furer, der einige Kürzungen über seine Direktion ergehen liess.

Sparmodus hält an

Gnädig zeigte sich Fiko-Präsident Christian Schuler bei einem Punkt der Bildungs- und Kulturdirektion. Regierungsrat Georg Simmen gelang es, plausibel zu machen, dass an den Beiträgen an übrige Konferenzen (in diesem Fall die Bildungsdirektorenkonferenz) von 20'000 Franken nichts geändert werden könne. Doch auch Simmen musste mehrere Kürzungen akzeptieren.

Die engagierte Debatte nahm in den Nachmittagsstunden ihr Ende. Immer wieder schaltete sich auch die GLP-Gruppe ein, auch wenn Loa Wild bedauerte, dass sie ohne Fraktion und Kommissionensitz keinen Zugang zum Detailbudget erhalten habe. In Zukunft wünsche man sich mehr Transparenz und Kooperation.

Der Sparmodus wird im Kanton Uri wohl noch länger anhalten. Derzeit sind Arbeitsgruppen dabei, das Spar- und Massnahmenpaket auszuarbeiten. Dieses soll nächstes Jahr vorliegen und die Kantonsfinanzen wieder ins Lot bringen.

Katzen sollen kastriert werden

Motion Katzen sollen in Uri zwingend einen Chip erhalten und kastriert werden. So fordert es Kevin Arnold (SVP, Schattendorf). Seine Motion haben Vertreterungen sämtlicher Landratsparteien mitunterzeichnet. Für Arnold stellt die «unkontrollierte Vermehrung von Katzen» ein Problem dar. Das führe dazu, dass in der Schweiz jährlich schätzungsweise 100'000 unerwünschte junge Katzen getötet würden. «In den meisten Fällen geschieht dies in tierschutzwidriger Art und Weise», so der SVP-Landrat.

Eine Kontrolle der Population ist im Schweizer Tierschutzrecht festgehalten. Doch eine wirkungsvolle Umsetzung werde darin nicht geregelt. «Daher findet keine Bestandsregulierung statt», so Arnold. Seine Motion verfolgt primär das Ziel, der unkontrollierten Vermehrung von Katzen im Kanton Uri entgegenzuwirken. Dies soll mit einer systematischen Kastration erreicht werden.

Eine Kastrationspflicht steht für ihn in engem Zusammenhang mit einer Registrierungs- und Chippflicht. Probleme mit wilden Katzen ortet er unter anderem dort, wo herrenlose Tiere keinem Halter respektive keiner Halterin zugewiesen werden. Diese könnten sich der Verantwortung leicht entziehen.

Eine Registrierung von Katzen ist in der Schweiz nichts Neues. Analog zur Registrierung von Hunden existiert bereits eine Datenbank namens Anis zur Registrierung von Katzen und anderen Heimtieren. «Viele verantwortungsvolle Katzenhalterinnen und -halter lassen ihre Tiere bereits heute freiwillig registrieren», weiss Arnold.

Unbürokratische Umsetzung möglich

Mit der Registrierungs- und Kastrationspflicht werden die Katzenhalterinnen und -halter nicht nur in die Verantwortung, sondern nach dem Verursacherprinzip auch in die Pflicht genommen, die Kosten zu tragen, so Arnold: «Es müssen keine Steuergelder eingesetzt werden.»

Die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen können in der bestehenden kantonalen Veterinärverordnung integriert werden. Es braucht keine zusätzliche Verordnung, betont der SVP-Landrat. Die Umsetzung sei vielmehr unbürokratisch möglich. Arnold gibt sich überzeugt: «Dank der bestehenden Datenbank Anis stehe bereits heute eine geeignete Registrierungsplattform zur Verfügung.»

Markus Zwysigg

ANZEIGE

MIGROS und über 50 Geschäfte

offen
von 10 – 17 Uhr

Sonntagsverkauf
15. Dezember

www.laenderpark.ch

länderpark
Das Einkaufszentrum in Stans